

KONZEPTPAPIER

WISSENSCHAFTSPOLITIK

**FORSCHUNG, STUDIUM
UND LEHRE IN BAYERN:
IN FREIHEIT, VERANT-
WORTUNG UND ZU GUTEN
RAHMENBEDINGUNGEN**

UNSERE VISION: DIE STÄRKEN BAYERNS NUTZEN, WISSEN- SCHAFT EXZELLENT, CHANCENGERECHT UND NACHHALTIG GESTALTEN

1 Hochschulen und Forschungseinrichtungen können nicht losgelöst von der Gesellschaft be-
2 trachtet werden. Sie machen sich in den letzten Jahrzehnten immer weiter auf den Weg, sich
3 für die Gesellschaft zu öffnen. Das beweist nicht nur die Tatsache, dass immer breitere Bevöl-
4 kerungsschichten an akademischer Bildung teilhaben können.

5
6 Gleichzeitig wehrt sich die Wissenschaft zu Recht gegen eine Logik der reinen Verwertbarkeit.
7 Der wissenschaftliche Denkprozess besteht in der steten Widerlegung von Hypothesen, dem
8 Spinnen neuer Gedanken und dem gegenseitigen Befruchten von Ideen. Wissenschaftlicher
9 Nutzen für die Gesellschaft entsteht somit nicht alleine durch zielgerichtete, verwertungsori-
10 entierte Forschung sondern auch durch diesen kreativen Prozess wissenschaftlichen Denkens.
11 Um sich frei entfalten zu können braucht Wissenschaft Freiheit auf der einen Seite, muss auf
12 der anderen Seite aber auch Verantwortung übernehmen. Wissenschaft hat eine Verantwor-
13 tung gegenüber der Gesellschaft. Aber sie hat vor allem die Verantwortung für das, was aus
14 Ideen und Forschungsergebnissen entsteht. Wie und wie weit sie diese Verantwortung wahr-
15 nehmen kann, muss die wissenschaftliche Community für sich selbst bestimmen, aber auch
16 der Staat hat die Aufgabe dies durch klare Leitplanken und gute Rahmenbedingungen zu
17 unterstützen.

18
19 Für uns Grüne sind Hochschulen und Forschungseinrichtungen die Ideenwerkstätten der Zu-
20 kunft. Talentierte junge Menschen sollen hier einerseits die Möglichkeit zu fundierter Bildung,
21 unabhängig von sozialer Herkunft oder finanziellen Möglichkeiten, bekommen. Andererseits
22 sollen Hochschulen und Forschungseinrichtungen auch Orte sein, an denen neue Ideen
23 entstehen und Technologien weiterentwickelt werden können. Als Teil der Gesellschaft muss
24 für uns auch das Wissenschaftssystem nach demokratischen Regeln organisiert werden – und
25 Hochschulen zu Orten gelebter Demokratie werden, weil nur über eine demokratische Struk-
26 tur von Lehre und Forschung die vollen Möglichkeiten aller ausgeschöpft werden können.
27 Grüne Wissenschaftspolitik orientiert sich deshalb an vier eng verflochtenen Aufgaben:

- 28
- 29 • mehr Demokratie ermöglichen,
 - 30 • nachhaltige Wissenschaft fördern,
 - 31 • die Freiheit der Wissenschaft sichern und
 - 32 • gesellschaftliche Verantwortung einfordern.
- 33

34 Forschung ermöglicht technischen und sozialen Fortschritt. Wir Grüne sind der Meinung, dass
35 Forschung stärker als je zuvor helfen soll, die großen Herausforderungen der Gegenwart und
36 der Zukunft zu bewältigen, den Wandel zu gestalten und nachhaltige Entwicklungspfade auf-
37 zuzeigen. Von dieser Art von Forschung können wir alle profitieren.

38

39 Wissenschaft und Forschung sind ein wichtiger Antrieb für die ökologische und soziale Mo-
40 dernisierung. Individualisierte Therapie in der Medizin, Erforschung von Krankheiten oder
41 multiresistenten Keimen; die IT-Sicherheit oder Innovationen wie die Solarzelle, E-Autos oder
42 E-Bikes sind ohne Spitzenforschung nicht denkbar. Heute orientiert sich Innovation vor allem
43 am Export wissensintensiver Güter, an Patenten und Industriebeteiligungen. Aber Forschung
44 und Wissenschaft sind nicht bloß Input für die deutsche Exportindustrie. Sie werden ge-
45 braucht, um die Lebensqualität weltweit zu verbessern, und zwar auf klimaverträgliche, nach-
46 haltige Weise. Forschung und Innovation sind daher Zukunftsvorsorge.

47 Das Leitbild der Grünen Fraktion im Bayerischen Landtag ist dem Schutz der kreativen Frei-
48 räume von Wissenschaft und Forschung verpflichtet. Gleichzeitig nimmt es sie in die Verant-
49 wortung, die großen Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen: Die Klimakrise, die Ver-
50 knappung der Ressourcen, die fortschreitende Urbanisierung, Krankheiten, die Digitalisierung,
51 Migration und der demografische Wandel – um nur einige Beispiele zu nennen – verlangen
52 nach nachhaltigen Lösungen. Wir Grüne stehen für ein Verständnis von Innovation, das neben
53 technischem auch sozialen Fortschritt in den Blick nimmt.

54
55 Dabei stehen für uns insbesondere folgende Themen im Vordergrund:

- 56
- 57 • Ausbau der infrastrukturellen Voraussetzungen für Wissenschaft im Freistaat;
- 58 • sozial gerechte und demokratische Ausgestaltung von Studium und Wissenschaftsbe-
59 trieb;
- 60 • die Weiterentwicklung der Bologna-Reform im Hinblick auf die Studierbarkeit;
- 61 • die zukunftsfähige Ausrichtung bayerischer Hochschulen;
- 62 • Vielfalt, Interdisziplinarität und Freiheit in der Forschung;
- 63 • Perspektiven für Talente;
- 64 • Transparenz bei Drittmittelprojekten;
- 65 • die verstärkte Internationalisierung der Hochschulen, Ausbau und Sicherstellung der
66 infrastrukturellen Voraussetzungen für international wettbewerbsfähige Wissenschaft.
- 67

68 Wir wollen eine dialogorientierte Hochschul- und Forschungspolitik im Freistaat etablieren.
69 Damit wollen wir es schaffen, alle Stärken Bayerns zu nutzen und zu entfalten.

70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83

ZUM STATUS QUO: EIN STARKER WISSENSCHAFTSSTANDORT MIT VIELEN BLINDEN FLECKEN

Bayern ist als Hochschul- und Forschungsstandort beliebt. Das zeigt die große Zahl von Studierwilligen nicht nur aus dem Bundesgebiet, sondern der ganzen Welt, die sich für ein Studium in Bayern entscheiden. Zwei der neun bayerischen Landesuniversitäten konnten auch in der dritten Runde der Exzellenzinitiative ihren Titel als „Eliteuniversität“ behaupten, sechs weitere sind über Exzellenzcluster oder Graduiertenschulen in die Exzellenzinitiative eingebunden. Bayern beheimatet auch neben dem Hauptsitz der Max-Planck-Gesellschaft in München zahlreiche Institute und Forschungszentren.¹ Auch darüber hinaus hat der Freistaat eine sehr breit aufgestellte Hochschullandschaft, sowohl was nichtstaatliche Universitäten und Hochschulen als auch die Hochschulen für angewandte Wissenschaften angeht.

Der Wissenschaftsstandort Bayern floriert, dafür sprechen die Zahlen. Doch unter der Oberfläche stehen Hochschul- und Forschungspolitik im Freistaat unter der CSU-Regierung nicht so gut da, wie sie es eigentlich könnte.

Die Forschungslandschaft zeichnet sich durch eine relativ große Nähe zu einer hochtechnisierten Industrielandschaft mit Global Playern und kleinen und mittelständischen Unternehmen aus. Über 32 Prozent der Patentanmeldungen bundesweit stammen aus Bayern, mehr als aus jedem anderen Bundesland.² Viele Bereiche der Forschung und Innovation orientieren sich vor allem am Export wissensintensiver Güter, an Patenten und Industriebeteiligungen. Mit den Aufwendungen für Forschung und Entwicklung (FuE) von 3,17 % (2014) des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zählt Bayern insgesamt zwar zu den Spitzenreitern in Deutschland, befindet sich aber hinter Baden-Württemberg und Berlin nur auf Platz drei.³ Im internationalen Vergleich positioniert sich der Freistaat jedoch nur in der vorderen Mitte. Die derzeitige Stärke Bayerns als Forschungs- und Technologiestandort beruht zudem insbesondere auf den **Investitionen der Unternehmen**, während **der staatliche Anteil an den FuE-Aufwendungen im bundesweiten Vergleich (aber auch im internationalen Vergleich zu anderen Spitzenstandorten)** relativ niedrig ist. So belief sich im Jahr 2014 der Anteil der FuE-Ausgaben der **privaten Wirtschaft** an den gesamten FuE-Ausgaben in **Bayern auf 77,3 %**.⁴

¹ Es gibt neun staatliche und mehrere nicht staatliche Universitäten bzw. wissenschaftliche Hochschulen sowie - mit der neuen Universitätsklinik in Augsburg - insgesamt sechs Universitätskliniken, 17 staatliche und mehrere nicht staatliche Hochschulen für angewandte Wissenschaften bzw. Technische Hochschulen, 13 Institute sowie eine Forschergruppe der Max-Planck-Gesellschaft (MPG), drei Zentren und ein Institut der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF), sechs Institute der Leibniz-Gemeinschaft (Leibniz), 13 Institute bzw. Institutsteile und Einrichtungen sowie 17 Arbeits- und Projektgruppen der Fraunhofer-Gesellschaft (Fraunhofer), zahlreiche landesseitig finanzierte Forschungseinrichtungen. (<http://www.bundesbericht-forschung-innovation.de/de/Bayern-1674.html>).

² Bayerns Wirtschaft leistungsstark innovativ zukunftsfähig. Wirtschaftsentwicklung im Ländervergleich. Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie. Stand August 2016

³ Der derzeitige Wert der nationalen FuE-Intensität liegt bei knapp 3,0 Prozent. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Stifterverband, Wissenschaftsstatistik, Essen; Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder. 2016.

⁴ Nur in Baden-Württemberg fiel der Anteil mit 80,7 % höher aus. Industriebericht Bayern 2016. Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, 2016, S. 28.

129 Der Anteil der FuE-Aufwendungen am BIP in Bayern liegt im **Hochschulbereich** (0,44 %) wie
130 auch bei den **außeruniversitären Forschungseinrichtungen** (0,3 %) **unter dem Bundesdurch-**
131 **schnitt** und erst an **vierter Stelle** im Vergleich mit anderen Bundesländern.⁵ Sowohl Hoch-
132 schulen als auch außeruniversitäre Forschungseinrichtungen finanzieren sich überwiegend
133 durch staatliche Zuschüsse, in stetig wachsendem Maß aber auch durch Drittmittel und Auf-
134 träge.⁶ Die Akquisition von EU-Projekten ist in der Bilanz der Fördermittel eher Mangelware,
135 beim Erwerb und besonders bei der Koordinierung dieser EU-Projekte schneiden die Hoch-
136 schulen und die Einrichtungen im Freistaat nicht besonders gut ab. Seit 2000 (18,1 Prozent)
137 hat sich der Drittmittelanteil bei der Finanzierung der bayerischen Universitäten nahezu ver-
138 doppelt, der Anteil der staatlichen Grundfinanzierung ist dementsprechend gesunken. Damit
139 wächst zwangsläufig der Einfluss von Privatunternehmen auf Forschung und Lehre. Die Grund-
140 finanzierung der bayerischen Hochschulen und Universitäten wird damit immer prekärer.

141
142 Unterm Strich reicht die bayerische Forschungs- und Entwicklungsquote bei weitem nicht aus.
143 Um zur Spitze gehören zu können, müsste insbesondere die staatliche Wissenschaftsförde-
144 rung erhöht und die Mittelvergabe evaluiert werden. Die derzeitige Entwicklung hin zu einer
145 zunehmenden Privatisierung von Wissenschaft und Forschung im Freistaat erzeugt Einseitig-
146 keiten, die sich auf lange Sicht ungünstig auf die Zukunftsfähigkeit unseres Wissenschaftssys-
147 tems wie auch unserer Gesellschaft auswirken. Es darf nicht nur um Neuerungen gehen, die
148 unmittelbar anwendbar sind und sich vermarkten lassen. Die erkenntnisorientierte, hypothe-
149 sengetriebene Forschung darf nicht zu kurz kommen. Denn die Herausforderungen sind groß
150 – angesichts unserer begrenzten Ressourcen werden wie künftigen Generationen nur dann
151 ihre Zukunft sichern können, wenn wir es schaffen, technischen, ökologischen und sozialen
152 Fortschritt in Gleichklang zu bringen.

153
154 Dazu kommt, dass sich der Forschungsprozess selbst geändert hat: In vielen Bereichen, etwa
155 in den Life Sciences, sind Grundlagenforschung, angewandte Forschung, Technologie und Ver-
156 marktung nicht mehr scharf zu trennen, sondern gehen fließend ineinander über. Eine hohe
157 Umsetzungsgeschwindigkeit bringt aber auch die Gefahr mit sich, dass Risiken unterschätzt
158 werden. Dies gilt umso mehr, als nur selten die Risiken genauso frühzeitig und intensiv unter-
159 sucht werden wie die Chancen neuer Verfahren, etwa bei der Gentechnik und der Nanotechno-
160 logie.

161
162 Der schleichende Rückzug des Freistaats aus der Finanzierung von Forschung und Lehre ver-
163 stärkt zudem den fatalen Trend zu prekären Beschäftigungsverhältnissen an Bayerns Hoch-
164 schulen. Das bayerische Hochschulsystem bietet dem wissenschaftlichen Nachwuchs kaum
165 **verlässliche Perspektiven**, bei gleichzeitig hohen Lebenskosten. Nicht nur, aber im Besonderen
166 Frauen haben es im bayerischen Wissenschaftssystem schwer: Laut einem Bericht der Staats-
167 regierung lag der Anteil von Professorinnen an den staatlichen Hochschulen in Bayern im Jahr
168 2013 insgesamt bei 17,2 Prozent obwohl 51 Prozent der Studierenden Frauen sind. Massive

169
170
171 5 Forschung & Entwicklung in Bayern – 2015/2016. Wirtschaft und öffentlicher Sektor in Zahlen, Industrie und Handelskam-
mern in Bayern.

172 6 Mehr dazu: Antwort der Staatsregierung auf schriftliche Anfrage - Landtag-Drucksache 16/9482 Finanzierung der außeruni-
173 versitären Forschungseinrichtungen in Bayern, 2011; Antwort der Staatsregierung auf schriftliche Anfrage - Drucksache
16/8538 Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, 2011.

174 Schwankungen gibt es zudem zwischen den verschiedenen Lehr- und Forschungsbereichen.
175 Von einer tatsächlichen Gleichstellung der Frauen an den Hochschulen sind wir in Bayern je-
176 denfalls noch immer weit entfernt, im Bundesvergleich reiht sich Bayern hier ganz hinten ein.
177

178 Wissenschaftliche Exzellenz im Freistaat kommt also nicht allen zugute, auch geografisch
179 gesehen: Bayern weist eine auffällig **hohe Dichte** von international bedeutenden, konkurrenz-
180 starken Forschungseinrichtungen auf engem Raum in und um die Boomregion München auf,
181 die Exzellenzinitiative hat zu einer weiteren Fokussierung auf diesen „Elite“-Standort geführt.
182 Gleichzeitig rühmt sich die Staatsregierung ihrer so genannten „Dezentralisierungsstrategie“
183 mittels wissenschaftsgestützter Strukturpolitik.

184
185 Ohne massive Ausweitung der Mittel lässt sich der **Spagat zwischen Exzellenz und Auswei-**
186 **tung in die Fläche** jedoch nicht dauerhaft meistern. Aber ein Gesamtkonzept, wie wissen-
187 schaftliche Einrichtungen und akademische Ausbildungsmöglichkeiten den gesamten Frei-
188 staat abdecken können ohne zersplitterte Hochschulstandorte auf weiter Flur zu schaffen,
189 scheint der CSU-Staatsregierung komplett zu fehlen.⁷

190
191 Gleichzeitig wird der Unterhalt der bestehenden Einrichtungen sträflich vernachlässigt: allein
192 bei so genannten „großen Baumaßnahmen“ an staatlichen Hochschulen und Universitäten
193 herrscht ein **enormer Sanierungstau** von derzeit rund drei Milliarden Euro.⁸

194
195 Defizite bei der Infrastruktur wirken sich direkt auf die **Studienbedingungen** aus. Aber auch
196 beim Studium selbst zeigen sich gravierende Fehlkonstruktionen: Wenn, wie im Freistaat der
197 Fall, die Durchschnittsstudiendauer von Bachelor- und Masterstudiengängen von der Regel-
198 studienzeit signifikant nach oben abweicht, stellt sich die Frage der Studierbarkeit der jewei-
199 ligen Studiengänge. 18 Jahre nach Unterzeichnung der Bologna-Erklärung lässt eine europa-
200 weit einheitliche Umsetzung der gestuften Studienabschlüsse immer noch auf sich warten.
201 Die Akzeptanz der durch die Bologna-Reform neu geschaffenen Bachelorabschlüsse variiert
202 in der Wirtschaft stark, je nach Branche und Unternehmen. Eine fächereinheitliche Definition
203 des ECTS-Schemas gibt es bis heute nicht, so dass gleiche Kompetenzen in unterschiedlichen
204 Fächern nur sehr schwer miteinander vergleichbar sind.

205
206 Die Quote der Neueinschreibungen in bayerischen Masterstudiengängen (7,8 %, bundesweit:
207 12,2 %) zeigt einen dringenden **Nachholbedarf insbesondere beim Ausbau der Masterplätze**.
208 Bayern ist mit Blick auf die **Studienberechtigtenquote** zusammen mit Sachsen-Anhalt und
209 Mecklenburg-Vorpommern Schlusslicht in Deutschland. Nicht zuletzt die frühe Separierung
210 der Schulkinder nach der vierten Klasse und der Mangel an längerem gemeinsamen Lernen
211 begründen diese Tatsache.

212

213

214

215

216 7 In ihrer Antwort auf die Interpellation „Studieren 2020“ schreibt die Staatsregierung selbst, dass sie nicht für alle „Ne-
217 benstandorte“ von Hochschulen eine adäquate infrastrukturelle Ausstattung mit Bibliothek, Rechenzentrum, Verpflegung,
218 Betreuung, studentischem Wohnen und Sportangebot zur Verfügung stellen kann.

218 8 Landtags-Drs. 17/11763.

219 Studierende brauchen jedoch nicht nur die Möglichkeiten zu lernen, sie müssen auch leben
220 und wohnen können. Auch dafür fehlt Geld im System: Für **sozial flankierende Maßnahmen**
221 wie sie die **Studierendenwerke** bieten, fährt der Freistaat seine Finanzierung immer weiter
222 zurück. Die staatlichen Ausgaben in diesem Bereich sinken nicht nur bezogen auf Studieren-
223 denzahlen, sondern auch absolut gesehen: Über 380.000 junge Menschen studieren heute in
224 Bayern – rund 50 Prozent mehr, als vor zehn Jahren. Der Zuschuss für die Studierendenwerke
225 jedoch ist seit einem Jahrzehnt wie festgefroren. Im Doppelhaushalt 2017/18 liegt er bei
226 11,05 Millionen Euro, im Jahr 2005 waren das noch 11,45 Millionen Euro. Trotz steigender Stu-
227 dierendenzahlen hat der die Staatsregierung, statt ärmeren Studierwilligen günstige Wohn-
228 heimplätze anzubieten, deren Zahl in den vergangenen Jahren sogar leicht zurückgebaut.

229
230 Was die **Demokratisierung der Hochschulen** angeht, ist Bayern leider unrühmliches Schluss-
231 licht in Deutschland: 1973 wurden die Verfassten Studierendenschaften im Freistaat abge-
232 schafft. Seitdem sind die Studierendenvertretungen vom guten Willen und vom Geldbeutel
233 ihrer Hochschulverwaltungen abhängig. Eine kritische Begleitung hochschulpolitischer Pro-
234 zesse in- und außerhalb der Hochschulen wird so deutlich erschwert. **Bayern ist das letzte**
235 **Bundesland ohne studentische Selbstverwaltung.**

236
237 Unterm Strich: Eine hohe Konzentration von Spitzenforschung in und um München, Erfolg in
238 der Exzellenzinitiative und (noch) steigende Studierendenzahlen dürfen nicht über die struk-
239 turellen Mängel im bayerischen Wissenschaftssystem und die Auswirkungen der chronischen
240 Unterfinanzierung hinwegtäuschen. Bayern schöpft die großen Möglichkeiten, die seine Wis-
241 senschaftslandschaft in sich trägt, im Moment nicht aus. Wir können noch deutlich mehr! In
242 diesem Konzept wollen wir GRÜNE zeigen, in welchen Bereichen ein dringender Handlungs-
243 bedarf besteht und wie wir diesem begegnen können.

244 245 **UNSERE ZIELE: SO WERDEN BAYERNS** 246 **FORSCHUNG UND LEHRE NOCH BESSER**

247 248 249 **1. Akademische Bildung chancengerecht gestalten** 250 **1.1 Studium darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein**

251
252
253 Für uns GRÜNE dürfen Bildungschancen nicht von der sozialen Herkunft, oder vom Geldbeu-
254 tel der Eltern abhängen. Das gilt auch und gerade für den Zugang zur Hochschulbildung. Wir
255 wollen deswegen soziale Barrieren abbauen, die die Aufnahme oder Weiterführung eines
256 Studiums behindern. Wir GRÜNE stellen uns daher entschieden **gegen Bildungsgebühren** wie
257 Studiengebühren es sind, die für einzelne Studierende oder Studierwillige eine große Zu-
258 gangshürde sein können. Stattdessen möchten wir uns für eine **Reform des BAföG** einsetzen.
259 Die Ausbildungsförderung soll alters- und herkunftsunabhängig gewährt werden, Freibeträge
260 und Bedarfssätze sollen dynamisch an die Einkommensentwicklung angepasst werden. Dafür
261 muss die Staatsregierung sich auf Bundesebene einsetzen. Das Deutschlandstipendium, das
262 nur wenigen Studierenden zu Gute kommt, soll durch flexiblere Möglichkeiten der Breitenför-
263 derung vor Ort ersetzt werden oder in der Förderung durch das BAföG aufgehen.

264 **1.2 Studentischen Wohnraum ausbauen, Studentenwerke als Partner verstehen**

265

266 Bei der sozialen Flankierung ärmerer Studierender darf sich der Freistaat nicht aus seiner
267 Verantwortung stehlen. Wir fordern dringend, studentischen Wohnraum gerade in Ballungs-
268 gebieten mit drastisch steigenden Mieten wie München, Regensburg oder Nürnberg-Erlangen
269 weiter auszubauen. Im Wintersemester 2016/2017 studierten über 378.000 Menschen an Bay-
270 erns Hochschulen – ein neuer Rekord. Demgegenüber stehen aber nur 36.882 Wohnraumplät-
271 ze. Die Mittel der Wohnraumförderung werden überwiegend in Umbaumaßnahmen gesteckt
272 statt in den Neubau. Das muss sich ändern.

273

274 Dazu muss der Freistaat die **Studierendenwerke besser als bisher mit finanziellen Mitteln**
275 **ausstatten**, die nicht nur Bauunterhalt und Sanierung dienen, sondern auch für die **Schaffung**
276 **neuer Wohnheime** ausreichen. Die Studierendenwerke haben eine Schlüsselposition und die
277 nötige Expertise, studentische Infrastrukturen zur Verfügung zu stellen. Sie sind die wichtigs-
278 ten Partner, wenn es um studentisches Wohnen, Kultur, Beratung und Begleitung geht. Auch im
279 Bereich der Beratung bestehen bei den Studierendenwerken noch Verbesserungsmöglichkei-
280 ten: **mehr Personal** soll das gut angenommene und sinnvolle Beratungsangebot der Studie-
281 rendenwerke unterstützen.

282

283 **1.3 Günstige Mobilität für Studierende ermöglichen**

284

285 Gerade für Studierende, die über kein eigenes Fahrzeug verfügen oder die im Falle der immer
286 teurer werdenden Ballungsgebiete auswärts wohnen müssen, wird der Weg zur Vorlesung
287 nicht nur zu einer logistischen, sondern auch zu einer **finanziellen Herausforderung**. Deshalb
288 soll der Freistaat sich mittel- bis langfristig für die Einführung eines **bayernweiten Semester-**
289 **tickets** stark machen.

290

291 **1.4 Kostenfreiheit von Sprachkursangeboten sicherstellen**

292

293 Wir setzen uns für die Kostenfreiheit von Sprachkursangeboten ein. Das Erlernen von Fremd-
294 sprachen ist in manchen Bereichen nicht nur eine Voraussetzung für eine berufliche An-
295 schlussfähigkeit: Wissenschaft lebt auch vom Austausch über Sprach- und Landesgrenzen
296 hinweg. **Internationalisierung** muss also schon in diesem kleinen Rahmen, der eine sprachli-
297 che Verständigung überhaupt garantiert, beginnen.

298

299 **1.5 Vereinbarkeit von Studiums und Familie verbessern**

300

301 Neben vielen finanziellen Herausforderungen scheitert der Weg zum Hochschulstudium oft
302 aber auch an **bürokratischen Hürden**. Wir setzen uns für eine bessere **Durchlässigkeit des Stu-**
303 **diums** ein. Möglichkeiten des **Teilzeitstudiums** und des **Studiums mit Familie müssen deutlich**
304 **verbessert werden**. Ein Teilzeitstudium scheitert oft nicht an fachlichen Notwendigkeiten,
305 sondern an fehlenden prüfungsrechtlichen Voraussetzungen. Der Freistaat muss sich hier in
306 Kooperation mit den Hochschulen für einen flächendeckenden Ausbau dieses Modells stark
307 machen. Gerade für Studieninteressierte mit **Betreuungsverpflichtung gegenüber Kindern**
308 **oder Eltern und für soziale Härtefälle** wären Vorabquoten eine gute Möglichkeit, sie zu einem

309 Studium zu ermutigen. Solche Vorabquoten sollen von den Hochschulen flexibler als bisher
310 gehandhabt werden können.

311

312 **1.6 Barrieren abbauen, Inklusion leben**

313

314 Wir GRÜNE streiten für eine inklusive Gesellschaft, in der Menschen mit Behinderungen
315 selbstbestimmt leben und teilhaben können. Inklusion ist ein Menschenrecht. Deshalb muss
316 auch **Hochschulpolitik das Thema Inklusion viel stärker in den Fokus** nehmen. Nach wie vor
317 gibt es zahlreiche Exklusionsrisiken an den Hochschulen sowie an den Übergängen von der
318 Schule an die Hochschule und später in den Arbeitsmarkt. Viele Hochschulen sind noch immer
319 nicht ohne Hindernisse für alle Menschen zugänglich. Neben Studierenden mit körperlichen
320 und damit sichtbaren Behinderungen gibt es eine große Gruppe mit unsichtbaren Beeinträch-
321 tigungen, etwa Beeinträchtigungen der Sinne, chronisch-somatischen Erkrankungen, psychi-
322 schen Problemen oder Teilleistungsstörungen. Gerade auch diesen Bedarfen müssen Politik
323 und Hochschulen stärker gerecht werden.

324

325 Wir wollen die Hürden in Studium und Forschung für Menschen mit Behinderung abbauen.
326 Deshalb setzen wir uns bei Neubauten und Sanierungen für höchste **bauliche Standards** zur
327 Unterstützung der Inklusion ein. Etliche Maßnahmen des von der Staatsregierung 2012 be-
328 schlossenen „Konzepts zur inklusiven Hochschule“ wurden von den Hochschulen **noch nicht**
329 **umgesetzt**. Vor allem bauliche und technische Maßnahmen zur Herstellung von Barrierefrei-
330 heit ebenso wie ein flächendeckend **barrierefreier Zugang zum digitalen Informations- und**
331 **Serviceangebot der Hochschulen** müssen noch stärker umgesetzt werden. Dafür wollen
332 wir GRÜNE mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Aber auch bei konkreten Unter-
333 stützungsmöglichkeiten für behinderte Studierende in den Bereichen Hochschulzulassung,
334 Nachteilsausgleich, Berufsberatung oder Studiengestaltung und Studienprüfungen gibt es
335 noch großen Verbesserungsbedarf. Außerdem wollen wir die **Mitsprache und den Einfluss der**
336 **Behindertenbeauftragten an den Hochschulen stärken**. Sie sollen **stimmberechtigt** in den Ent-
337 scheidungsgremien vertreten sein und ihre Anregungen und Initiativen verpflichtend in den
338 Gremiensitzungen beraten werden.

339

340 **2. Internationalisierung vorantreiben, Bologna-Reform zum Erfolg führen**

341 **2.1 Masterplätze in Bayern ausbauen**

342

343 Für viele Bachelor-Absolventinnen und -absolventen gibt es **kein ausreichendes Angebot an**
344 **Masterplätzen in Bayern**. Die Sorge aus Mangel an Masterplätzen nach dem Bachelor nicht
345 in Bayern weiterstudieren zu können, verschärft die Konkurrenzsituation in vielen Studien-
346 gängen unnötig. Besonders hart trifft dieser Umstand Studierende in Bereichen, wo der Ba-
347 chelor nicht als berufsqualifizierend etabliert werden konnte, wie etwa in der Psychologie
348 oder Chemie. Die Quote der Neueinschreibungen in bayerischen Masterstudiengängen (7,8 %,
349 bundesweit: 12.2 %) zeigt einen **dringenden Nachholbedarf** beim Ausbau der Masterplätze.
350 Wir GRÜNE vertreten die Auffassung, dass alle Bachelor-Absolventinnen und -absolventen aus
351 Bayern die Möglichkeit haben sollten, auch in Bayern einen Master zu absolvieren und setzen
352 uns deshalb für einen Ausbau der Masterplätze an den Hochschulen ein.

353

354 2.2 Internationale Kontakte fördern, Studienleistungen besser anerkennen

355

356 Zum 1. Oktober 2007 wurde das Übereinkommen über die Anerkennung von Qualifikationen
357 im Hochschulbereich in der europäischen Region („Lissabon-Konvention“) durch die Bundes-
358 republik Deutschland ratifiziert. Doch noch immer sind wesentliche Inhalte der Konvention
359 nicht ausreichend im Alltag an bayerischen Hochschulen angekommen. Dazu gehört die
360 Beweislastumkehr bei der Anerkennung von in einem Vertragsstaat erbrachten Leistungen,
361 Hochschulzugangsberechtigungen oder Hochschulabschlüssen sowie die Möglichkeit, bei
362 Versagung Rechtsmittel einlegen zu können. Noch immer gibt es für **Studierende beim Wechsel des Studienortes oder bei im Ausland erbrachten Studienleistungen Probleme mit der Anerkennung**. Das zeigt, dass die Formulierung in Artikel 2 (4) BayHschG bei weitem nicht
365 ausreichen. Wir GRÜNE fordern deshalb eine **stärkere Verankerung der Lissabon-Konvention im bayerischen Hochschulgesetz um die Anerkennung von Studienleistungen nach einem Auslandsaufenthalt oder Wechsel des Studienortes endlich ohne Probleme und im Sinne der Studierenden zu lösen** (vgl. § 35 LHG Baden-Württemberg). In diesem Sinne muss auch be-
369 rücksichtigt werden, dass zwischen den für eine Studienleistung vergebenen ECTS-Punkten
370 und dem erwartbaren Arbeitsaufwand (Workload) ein tatsächlicher Zusammenhang besteht
371 und die vergebenen ECTS-Punkte nicht willkürlich nach Studiengang oder Modulordnung
372 variieren.

373

374 2.3 Hochschulen für angewandte Wissenschaften den Universitäten gleichstellen

375

376 Die klassische Unterscheidung zwischen Universitäten und Hochschulen für angewandte
377 Wissenschaften ist überholt. Mit wachsender Autonomie und Profilierung jeder einzelnen
378 Hochschule werden die Grenzen zwischen den Hochschultypen zunehmend fließend. In ihren
379 originären Fachdisziplinen leisten die bayerischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften
380 längst **Forschungsarbeit, die dem wissenschaftlichen Niveau an Universitäten in nichts nachsteht**.

381

382
383 In einem ausdifferenzierten Hochschulsystem wird es Raum geben für „berufsfeldorientierte
384 Hochschulen“ auf der einen und „Forschungshochschulen“ auf der anderen Seite. Die aller-
385 meisten Hochschulen werden beide Elemente mehr oder weniger in sich vereinen. **Für uns stehen die verschiedenen Schwerpunkte gleichwertig und gleichberechtigt nebeneinander**.

386

387
388 Die Gleichstellung ist auch eine **konsequente Folge des Bologna-Prozesses**: Mit der Ein-
389 führung von Bachelor- und Masterstudiengängen hat einerseits an den Universitäten die
390 „Fachhochschulisierung“ längst begonnen, andererseits haben sich die ehemaligen Fach-
391 hochschulen in diesem Prozess immer mehr zu Hochschulen für angewandte Wissenschaften
392 entwickelt. Die Messlatte für die Qualität des Studiums liegt für beide Hochschultypen **gleichermaßen hoch**. Es ist nicht die vordringlichste Aufgabe der Hochschulen für angewandte
394 Wissenschaften, möglichst im Schnelldurchlauf den Nachwuchs für „die bayerische Wirtschaft“
395 auszubilden. Ziel ist es, junge Menschen ideal zu qualifizieren für Berufsfelder, die ihren Bega-
396 bungen entsprechen und die sich am Bedarf der gesamten Gesellschaft orientieren.

397

398 Die Wissenschaftslandschaft der Zukunft wird nicht als Sparmodell zu haben sein. Deshalb

399 wollen wir GRÜNE insbesondere **Fachhochschulen personell und finanziell stärken und aus-**
400 **bauen.** Sie müssen rechtlich den Universitäten gleichgestellt werden inklusive **Berufungsrecht.**
401 In einem ersten Schritt sollen forschungsstarke Hochschulen das **Promotionsrecht** verliehen
402 bekommen. Die Verbundpromotionen sind ein erster Schritt hierzu. Weiter stehen wir für eine
403 **maximale Durchlässigkeit** zwischen den Hochschultypen und wollen **Kooperationen weiter**
404 **fördern.**

405

406 **3. Demokratisierung der Hochschulen voranbringen**

407

408 Hochschulen und das Wissenschaftssystem stehen nicht isoliert neben, sondern sie sind Teil
409 der Gesellschaft und müssen deshalb so wie alle anderen Gesellschaftsbereiche grundlegen-
410 den demokratischen Kriterien genügen. Nicht zuletzt sind es neben dem Schul- und Ausbil-
411 dungssystem die Hochschulen, die junge Menschen für ihren weiteren Weg in der Gesellschaft
412 prägen. Auch deshalb müssen demokratische Prinzipien hier direkt und vor Ort gelebt werden.
413 Demokratie fußt für uns GRÜNE auf zwei Grundpfeilern: Der Mitbestimmung einerseits und
414 der Selbstverwaltung andererseits.

415

416 Wir fordern daher eine echte und **paritätische Mitbestimmung für alle Statusgruppen in der**
417 **akademischen Selbstverwaltung** wie in Nordrhein-Westfalen umgesetzt oder in Thüringen
418 geplant. Studierende, die die größte Statusgruppe der Hochschulen ausmachen, sind genauso
419 unterrepräsentiert wie der wissenschaftliche Mittelbau, der das Gros der Lehre an bayerischen
420 Hochschulen trägt. Lehrbeauftragte, Privatdozierende und weitere Angehörige der Hochschule,
421 die einen wesentlichen Teil der Lehre tragen, werden in den Selbstverwaltungsgremien gar
422 nicht repräsentiert. Das möchten wir ändern und auch diese **Hochschulangehörigen in die**
423 **akademische Selbstverwaltung einbinden.**

424

425 In Bereichen, die vorrangig die Lehre betreffen ist eine paritätische Beteiligung der Studieren-
426 den per Gesetz auch heute bereits möglich. Die Umsetzung dieser Regelung lässt allerdings
427 noch zu wünschen übrig. Wir möchten die Hochschulen dazu motivieren, Studierenden mehr
428 Verantwortung zu geben. Erwiesenermaßen steigert eine bessere Mitbestimmung über den
429 Ablauf der Lehre auch den Lernerfolg.

430

431 Demokratie heißt aber nicht nur, mitbestimmen zu dürfen, sondern auch, die eigenen Ange-
432 legenheiten selbst in die Hand zu nehmen. Die flächendeckende Einführung der Verfassten
433 Studierendenschaften in Deutschland war nach dem Zweiten Weltkrieg eine erfolgreiche
434 Demokratisierungsmaßnahme. Anstatt dieses Erfolgsmodell zu unterstützen, hält er Freistaat
435 Bayern seine Studierendenvertretungen lieber an der kurzen Leine. Ohne Zustimmung der
436 Hochschulleitungen können sie weder zu hochschulpolitischen Fragen Stellung nehmen, noch
437 eigenständig über ihre Mittel verfügen oder Verträge im Namen der Studierenden abschlie-
438 ßen, beispielsweise bei der Verhandlung von Semester- oder Kulturtickets, wo man sich in
439 Bayern juristisch höchst fragwürdiger Hilfskonstruktionen über die Studierendenwerke bedie-
440 nen muss, um eine studentische Legitimation herstellen zu können. Nachdem die grün-rote
441 Landesregierung in Baden-Württemberg 2012 die Wiedereinführung der Verfassten Studie-
442 rendenschaften beschlossen hat, ist Bayern nun das letzte Bundesland ohne studentische
443 Selbstverwaltung. Wir fordern deshalb die Wiedereinführung einer **selbstverwalteten Studie-**

444 **rendenschaft mit Satzungs- und Beitragsautonomie, Finanzhoheit, Solidarmitgliedschaft und**
445 **politischem Mandat.**

446
447 **4. Perspektiven für Bayerns Talente schaffen**
448 **4.1 Gegen Kettenbefristungen, für Aufstiegschancen:**
449 **verlässliche Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs**

450
451 Wirtschaft und Gesellschaft leben von wissenschaftlicher Erkenntnis und technischem Fort-
452 schritt. Die klügsten Köpfe bleiben aber nur in Wissenschaft und Forschung tätig, wenn das
453 Berufsbild Wissenschaft attraktiv ist und eine sichere Perspektive bietet. Gerade der wissen-
454 schaftliche Nachwuchs hat landes- und bundesweit immer noch mit **prekären Karriere- und**
455 **Beschäftigungsbedingungen** zu kämpfen. Derzeit sind an den bayerischen Hochschulen rund
456 **70 Prozent des wissenschaftlichen Personals befristet beschäftigt** – bei den Universitäten ist
457 der Anteil sogar noch höher. Die vorherrschenden prekären Arbeitsbedingungen des wissen-
458 schaftlichen Mittelbaus haben **negative Auswirkungen auf die Attraktivität des Berufsfelds**
459 **Wissenschaft sowie auf Lehre und Forschung**. Damit werden nicht nur die Zukunftsperspek-
460 tiven vieler Betroffener aufs Spiel gesetzt. Auch die **Qualität des Hochschulstandorts Bayern**
461 **wird gefährdet**, wenn der wissenschaftliche Nachwuchs im Zweifel sogar das Land verlässt,
462 um bessere Arbeitsbedingungen vorzufinden. Für uns ist klar: Wir wollen, dass Bayern ent-
463 scheidender Wissenschaftsstandort bleibt und dafür müssen die erforderlichen Rahmenbedin-
464 gungen geschaffen werden. Auch im Bereich der Arbeitsbedingungen.

465
466 Viele Hochschulen lassen – unter großem finanziellen Druck – einen erheblichen Teil ihrer
467 Pflichtlehre von Lehrbeauftragten erbringen. Bayernweit beträgt die Zahl der freiberuflichen
468 Lehrbeauftragten an den Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften
469 9.761 (Wintersemester 2014/2015). Sie übernehmen einen wachsenden Teil der regulären
470 Lehre an den Hochschulen. Sie leisten in der Lehre die gleiche Arbeit wie ihre fest angestell-
471 ten Kolleginnen und Kollegen, erzielen jedoch nur einen Bruchteil von deren Einkommen. Von
472 einem ergänzenden Charakter, den Lehraufträge grundsätzlich einmal haben sollten, kann
473 keine Rede mehr sein. Besonders an Musik- und Filmhochschulen ist die Situation der Lehrbe-
474 auftragten prekär. Aber auch an anderen Hochschulen in Bayern ist dieser Trend, besonders in
475 den Geisteswissenschaften, alarmierend. Das ist ein weiteres Indiz für die mangelnde Grund-
476 finanzierung der bayerischen Hochschulen, die die finanzielle Unsicherheit direkt an ihre
477 Beschäftigten in Form von prekärer Bezahlung und Kurzzeitverträgen weitergeben. **Die Grund-**
478 **finanzierung der Hochschulen muss deshalb dringend gestärkt werden.**

479
480 Gerade der wissenschaftliche Nachwuchs braucht endlich **verlässlichere Perspektiven und**
481 **echte Aufstiegschancen**. Dafür sind die Tenure-Track-Professuren, mit denen sich Promovierte
482 nach erfolgreicher Bewährungsphase für eine Lebenszeit-Professur qualifizieren können, ein
483 adäquates Instrument. Die bundesweit beschlossenen 1.000 **Tenure-Track-Professuren**, von
484 denen 148 auf Bayern mit einem Durchschnittsvolumen von 118.000 Euro entfallen, sind aber
485 nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Zudem gefährdet die notwendige Langzeitfinanzierung
486 dieser Professuren durch die Hochschulen wiederum den akademischen Mittelbau und es
487 kann zu einer Kannibalisierung kommen. Darüber hinaus müssen die Professuren gut ausge-
488 stattet sein, um ihre wissenschaftliche Leistung entfalten zu können. Der Freistaat muss die

489 Hochschulen hier deutlich mehr unterstützen. Außerdem ist es notwendig, auch für die Fach-
490 hochschulen ein angepasstes Tenure-Track-Programm zu schaffen.

491

492 **4.2 Durchlässigkeit zur Berufsbildung ausbauen**

493

494 In den vergangenen Jahren wurde intensiv über Begriffe wie „Akademisierungswahn“ oder
495 „Überakademisierung“ diskutiert. Die Stoßrichtung dieser Diskussion – also die Fragestel-
496 lung „Brauchen wir mehr oder weniger AkademikerInnen?“ – halten wir für falsch. Künftige
497 Qualifikationsbedarfe lassen sich nicht präzise vorhersagen. Einseitig auf Studium oder Aus-
498 bildung zu setzen ist daher töricht. Als Hochtechnologieland und Wissensökonomie braucht
499 Bayern weiter Hochqualifizierte, also mehr Meisterinnen, Meister und mehr Master. Quali-
500 fizierte Berufs- und Hochschulabschlüsse sind die Eintrittskarte zur Arbeitswelt. Damit sind die
501 zentralen Fragen: Was will der oder die Einzelne und wie vermeiden wir Bildungsabbrüche?
502 Anstatt berufliche und akademische Bildung gegeneinander auszuspielen, müssen wir deren
503 **Durchlässigkeit erreichen**. Beide Qualifizierungssysteme profitieren davon, wenn es zwischen
504 ihnen **reibungslose Übergänge** gibt. Jedem Jugendlichen muss ein Pfad aufgezeigt werden, der
505 zu einem guten Berufsabschluss führt. Jeder junge Mensch soll sich frei zwischen den Systeme-
506 men entscheiden können. Eine rein formale Durchlässigkeit, wie sie in Bayern 2009 durch die
507 Öffnung des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte geschaffen wurde, genügt jedoch
508 nicht. Im Rahmen der von uns geforderten flexiblen Vorabquoten möchten wir auch die Quote
509 der beruflich Qualifizierten erhöhen. Mindestens ebenso wichtig sind **breite Beratungs- und**
510 **Unterstützungsangebote für Studierende** ohne den klassischen Hochschulzugang. Das ent-
511 sprechende Angebot gilt es deutlich auszubauen und zu fördern.

512

513 **4.3 Die Hälfte der Wissenschaft den Frauen**

514

515 Nicht einmal jede fünfte Professur in Bayern wird von einer Frau besetzt, während seit Lan-
516 gem genauso viele junge Frauen wie Männer promovieren. Von echter Gleichberechtigung in
517 Wissenschaft und Forschung sind wir also noch weit entfernt.⁹ Wir GRÜNE wollen das ändern
518 und die gläserne Decke für Frauen in der Wissenschaft endlich durchbrechen. Deshalb fordern
519 wir gendersensible Berufungsverfahren durch eine verbindliche Frauenquote von 40 Prozent
520 in den Berufungskommissionen. Als gezielte Maßnahme zur Frauenförderung setzen wir uns
521 für ein Kaskadenmodell ein. In diesem Modell ergeben sich die Ziele für den Frauenanteil
522 einer jeden wissenschaftlichen Karrierestufe durch den Anteil der Frauen auf der direkt dar-
523 unterliegenden Qualifizierungsstufe. Die Quoten werden dabei fächerabhängig festgelegt, so
524 dass die Unterrepräsentanz von Frauen in allen Fächergruppen in deren eigener Geschwin-
525 digkeit beseitigt werden kann. So kann der **Frauenanteil in akademischen Spitzenpositionen**
526 **mittelfristig gesteigert werden**. Langfristig heißt das für uns: die Hälfte der Lehrstühle den
527 Frauen!

528

529

530

531

532 ⁹ Laut Statistischem Landesamt lag der Anteil von Professorinnen an den staatlichen Hochschulen in Bayern im Jahr 2016
533 insgesamt bei lediglich 19,2 Prozent obwohl 51 Prozent der Studierenden Frauen sind. Massive Schwankungen gibt es
zudem zwischen den verschiedenen Lehr- und Forschungsbereichen.

534 Außerdem fordern wir die **Gleichstellung von Frauen in den Hochschulgremien** – vor allem
535 in den Hochschulräten. Die Frauenbeauftragten sollen mit Stimmrecht an den Sitzungen der
536 Hochschulleitungen beteiligt werden.

537

538 **5. Für eine starke und transparente Finanzierung und gute Infrastruktur**

539 **5.1 Unabhängigkeit der Hochschulen sichern, Grundfinanzierung stärken**

540

541 Die **Autonomie der Hochschulen** ist die Voraussetzung einer erfolgreichen Forschungsstrate-
542 gie. Aufgabe des Staates ist es, die Freiheit der Forschung zu sichern und Rahmenbedingun-
543 gen zu schaffen, innerhalb derer sich Wissenschaft bestmöglich entfalten kann. Klar ist, dass
544 Autonomie nur ohne wirtschaftliche Abhängigkeit tatsächlich unabhängig macht. Die Verla-
545 gerung der Hochschulfinanzierung von Grundfinanzierung, also Mitteln, die durch die akade-
546 mische Selbstverwaltung vergeben werden, zu Drittmitteln, also Mitteln, die im Wettbewerb
547 vergeben werden, hat dieses Ziel in der Vergangenheit konterkariert.

548

549 Wir GRÜNE wollen, dass **vor dem Wettbewerb um Drittmittel eine auskömmliche Grundfinan-**
550 **zierung steht**. Aus der Diskussion in der akademischen Selbstverwaltung und der Diskussion
551 unter den Mitgliedern der Hochschulen sollen Forschungsfragen und Vorhaben formuliert
552 werden. Deren Durchführung muss ohne Abhängigkeit von im Wettbewerb vergebenen Mitteln
553 möglich sein. Auf Basis einer guten Grundfinanzierung heraus steht es den Hochschulen dann
554 frei, sich weiter an Wettbewerben um Drittmittel auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene zu betei-
555 ligen.

556

557 In direktem Zusammenhang mit der mangelnden Grundfinanzierung steht die hohe Drittmit-
558 telfinanzierung beim Personal. Laut Statistischem Bundesamt machen Drittmittel bundesweit
559 insgesamt 60 Prozent der Forschungsfinanzierung aus. Forschungsinstitute und Hochschulen
560 stellen das durch Drittmittel finanzierte Personal aber nur befristet ein, weil ihre Aufgaben
561 projektbezogen und damit zeitlich begrenzt sind. Allerdings gehen sie eben nicht nur diesen
562 Aufgaben nach, sondern auch Daueraufgaben. Für uns GRÜNE ist klar: Wir brauchen eine Ent-
563 fristungsoffensive im akademischen Mittelbau. Wir fordern: Dauerstellen für Daueraufgaben.

564

565 **5.2 Transparenz bei Drittmittel-Projekten sicherstellen**

566

567 Wir GRÜNE fordern einen **transparenten Umgang mit drittmittelfinanzierten Forschungs-**
568 **vorhaben**. Transparenz ist das beste Bollwerk gegen zu großen Einfluss bestimmter Inter-
569 essengruppen und unzeitgemäße Projekte. Nur so ist **wissenschaftliche Qualität und Unab-**
570 **hängigkeit** auf Dauer gesichert. Die Öffentlichkeit muss nachvollziehen können, wer in der
571 Wissenschaft von wem unter welchen Bedingungen und für welche Forschungstätigkeiten
572 eine finanzielle Förderung erhält. Nur so kann möglicher Einflussnahmen und Interessenkon-
573 flikten im Bereich öffentlich finanzierter Forschung vorgebeugt werden.

574

575 Um Forschungsfreiheit transparent und verantwortungsvoll zu gestalten, setzen wir uns für
576 eine Datenbank bzw. ein **Transparenzregister** (nach Vorbild Thüringens und Baden-Württem-
577 bergs) ein, in dem die Hochschulen und Forschungseinrichtungen ihre Kooperationen mit
578 Dritten und wesentliche Forschungsinhalte offenlegen.

579 **5.3 Infrastrukturen des Wissens ausbauen, Sanierungsstau beheben**

580

581 Inzwischen studiert rund die Hälfte eines Altersjahrgangs. Aber nicht nur die Studierenden-
582 zahl, auch die Zahl der Hochschulen und Hochschulstandorte hat zugenommen. Ein breiter
583 Ausbau von Hochschulangeboten kann jedoch zu einem Zielkonflikt mit Exzellenzclustern
584 führen. Liegen dem Ausbau von Hochschulstandorten eher regional- und strukturpolitische
585 denn wissenschaftspolitische Überlegungen zugrunde, führt das letztlich zu einem knapperen
586 Studienangebot und damit zu weniger Qualität an bayerischen Hochschulen. Dem Dilemma
587 zwischen breitem Ausbau und Exzellenz lässt sich insbesondere durch Kooperation mit exzel-
588 lenten Forscherinnen und Forschern unabhängig von ihrer Herkunft oder Ansiedlung begeg-
589 nen. Deshalb sollten Anreizsysteme geschaffen werden, noch **stärker kooperativ und interdis-**
590 **ziplinär zu forschen.**

591

592 Hochschulen mit ihren oftmals vielen tausend Studierenden und Beschäftigten, mit Laboren,
593 Lern- und Lehrräumen, Rechenzentren, Mensen, Wohnheimen und Bibliotheken befinden sich
594 vielfach in einem **dramatisch schlechten baulichen Zustand**. Neben dem auf **drei Milliarden**
595 **Euro bezifferten Sanierungsstau** bei den „großen“ Baumaßnahmen gibt es im wahrsten Sinne
596 des Wortes viele kleinere Löcher an unseren Hochschulen zu stopfen. Dies führt zu **nicht zeit-**
597 **gemäßen Arbeits-, Studien- und Forschungsbedingungen sowie zu unverhältnismäßig hohem**
598 **Energie- und Ressourcenverbrauch**. Wir müssen die Mittel für den Bauunterhalt der Hochschu-
599 len sofort anheben, um den Sanierungsbedarf nicht noch weiter ansteigen zu lassen. Mittel-
600 und langfristig wollen wir einen Plan erstellen, wie der Sanierungsstau in den kommenden
601 zehn Jahren behoben werden kann. Wir wollen in enger Zusammenarbeit mit den Hochschu-
602 len für jeden Standort eine Bestandsaufnahme der aktuellen Liegenschaften durchführen und
603 den aktuellen Flächenbedarf ermitteln. So soll für jeden Standort ein Gesamtkonzept erstellt
604 werden, welches eine Konzentration der Einrichtungen, eine Modernisierung der Bestandsge-
605 bäude und ggf. einzelne Neubauten vorsieht. Wir wollen in die Zukunft investieren, deshalb
606 darf an der Bausubstanz nicht gespart werden.

607

608 Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass bei Neubauten ein hoher Standard an Wärme- und
609 Energieeffizienz angelegt wird und Sanierungen nach neuesten Kriterien erfolgen. Durch ein
610 konsequentes Energiemanagement kann der Energieverbrauch von Hochschulen deutlich
611 gesenkt werden, deshalb wollen wir die Hochschulen durch Anreizsysteme in der Umsetzung
612 unterstützen. Der Strombedarf der Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Rechenzentren
613 soll aus erneuerbaren Energiequellen gedeckt werden.

614

615 Neben dem Neubau und der Sanierung von Hochschulgebäuden gehört auch ein **schnelles**
616 **Internet zur staatlichen Daseinsvorsorge für eine funktionierende Infrastruktur**. Wir wollen
617 einen zukunftsfähigen und umfassenden Breitbandausbau auf der Basis von Glasfaser. Das ist
618 die Grundvoraussetzung dafür, dass auch bayerische Hochschulen für das **digitale Zeitalter**
619 **gewappnet sind.**

620

621

622

623

624 6. Wissenschaftsfreiheit und gesellschaftliche Verantwortung in Einklang 625 bringen

626 6.1 Vielfalt sichern, Grundlagenforschung stärken

627

628 Wir GRÜNE sind überzeugt, dass Wissenschaft auf Freiheit, Pluralität, Methodenvielfalt und
629 kooperativem Wissen beruhen soll. Bahnbrechende Erfindungen wie die Entdeckung des Peni-
630 cillins wurden durch Zufall an unerwarteter Stelle gemacht, und sind nicht aus einer straff ge-
631 planten Forschungsanstrengung hervorgegangen. Gerade die Förderung der freien Forschung,
632 insbesondere in der Grundlagenforschung, schafft die Basis für überraschende Entdeckungen,
633 aus denen schon ganze Industrien hervorgegangen sind.

634

635 Der Schutz dieser Prinzipien halten wir für elementar für spätere Durchbrüche bei Problemlö-
636 sungen. Ökonomischer Nutzen und kommerzielle Verwertbarkeit dürfen nicht dominierender
637 Faktor bei der Ausrichtung öffentlicher Wissenschafts- und Forschungsförderung sein. Deshalb
638 sollen auch Bereiche wie **Kunst-, Geistes- und Gesellschaftswissenschaften** im gleichen Maße
639 wie andere Bereiche von öffentlicher Wissenschafts- und Forschungsförderung profitieren.

640

641 6.2 Technikfolgenabschätzung und integrierte Begleitforschung als Standard 642 etablieren

643

644 Öffentliche Einrichtung wie Hochschulen sollten sich der besonderen gesellschaftlichen **Fol-**
645 **genverantwortung** ihrer Forschung bewusst sein.

646

647 Oberste Aufgabe ist, dass die Menschen in Bayern schneller von Innovation wie zum Beispiel
648 von neuen medizinischen Methoden und Therapien, Werkzeuge und Produkten profitieren
649 können. Viele Innovation besonders in der Medizin und Biologie werfen aber auch grundle-
650 gende ethische, rechtliche und ökonomische Fragen auf. Um sich dieser gesamtgesellschaft-
651 lichen Herausforderung zu stellen und sie zu meistern, fördern wir entsprechende Begleitfor-
652 schung sowie **Informations- und Diskussionsplattformen**.¹⁰ Denn wissenschaftliche Erkenntnis
653 ist immer vorläufig. Weil es immer sein kann, dass Erkenntnisse revidiert werden müssen,
654 dürfen nur solche technologischen Prozesse in Gang gesetzt werden, die im Falle ihres Schei-
655 terns nicht katastrophal sind.

656

657 In öffentlichen Ausschreibung von Projekten und Aufträgen soll **integrierte Begleitforschung**
658 gefordert werden, anstatt separater, nachträglicher Folgenforschung.

659

660 Wir GRÜNE wollen auch die in Art. 2 des BayHschG festgelegten Aufgaben der Hochschulen
661 im Sinne des Beitrags zu technischem und sozialem Fortschritt, ökologischer und sozialer
662 Modernisierung, Technikfolgenabschätzung und **zivilem Zweck der Wissenschaft** erweitern.
663 Vergleichbar mit den Hochschulgesetzen in Thüringen, Hessen, Brandenburg oder NRW. Die
664 erste und bisher die einzige **Zivilklausel** als Selbstverpflichtung an einer bayerischen Hoch-
665 schule bzw. Universität wurde erst im Jahr 2016 an der Friedrich-Alexander-Universität Erlan-
666 gen-Nürnberg beschlossen. Wir GRÜNE begrüßen das und werden weitere Bildungs- und For-

667

668 ¹⁰ <https://www.bmbf.de/de/individualisierte-medizin-378.html>

669 schungseinrichtungen bei der Verankerung von Selbstverpflichtungen dieser Art unterstützen.
670 Durch eine auskömmliche Grundfinanzierung wollen wir gewährleisten, dass die bayerischen
671 Hochschulen und Universitäten nicht auf ethisch zweifelhafte Drittmittelgeber angewiesen
672 sind.

673

674 **6.5 Staatliche Förderung von Rüstungsforschung beenden**

675

676 Die Rüstungsforschung in Bayern wird nach wie vor teilweise aus den Landesmitteln geför-
677 dert. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass sich der Freistaat aus dieser Förderung zurückzieht
678 und die Förderung beispielsweise für die Rüstungsforschung am Ludwig-Bölkow-Campus
679 Ottobrunn aufgrund der Nähe zur Rüstungsindustrie, einstellt. Im Hinblick auf den LBC-For-
680 schungsbereich handelt es sich zumindest teilweise um militärische Forschung bzw. um For-
681 schungsprojekte mit militärischem, verteidigungs- oder sicherheitstechnischem Forschungs-
682 ansatz.¹¹

683

684 Wir treten dafür ein, dass sich der Freistaat künftig aus der Förderung aller Forschungsvorha-
685 ben zurückzieht, die militärischen Zwecken dienen und nur noch **Forschungsprojekte för-**
686 **dert**, die ausschließlich **zivile und friedliche Ziele verfolgen**.

687

688 **6.6 Alternativen zu unnötigen Tierversuchen finden**

689

690 Für uns GRÜNE gilt ein Grundsatz: Wo immer dies möglich ist, sollen Tierversuche vermieden
691 werden. Wir GRÜNE wollen, dass die Suche nach alternativen Methoden kontinuierlich vor-
692 angetrieben wird – hierzu zählen unter anderem wegweisende Techniken für den Einsatz von
693 dreidimensional wachsenden Zellkulturen, Computersimulationen oder bildgebende Verfahren
694 wie Kernspintomographie oder Ultraschall.¹²

695

696 **7. Herausforderungen der Zukunft erfolgreich meistern, Förderschwerpunkte** 697 **setzen**

698

699 Unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind ein entscheidender Faktor auf dem
700 Weg in eine nachhaltigere Lebenswelt. Forschung und Lehre lassen uns die drängenden
701 Herausforderungen der Zukunft, zum Beispiel den Klimawandel, besser verstehen. Hierüber
702 entstehen Ideen für Veränderungen und Fortschritt auf dem Weg zu einer ökologischeren und
703 gerechteren Welt. In der Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen (NGO), Gewerk-
704 schaften, Kirchen sowie Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU) liegen Potenziale, die wir
705 stärker nutzen möchten. Wir wollen, dass Wissen praktisch wird. Das kann in Start-up-Grün-
706 dungen ebenso wie durch neue Formate der Wirtschaftsförderung geschehen. Oder dadurch,
707 dass neue Denkansätze in die Gesellschaft hinein kommuniziert werden. Denn Forschung und
708 Zivilgesellschaft können unmittelbar voneinander lernen. Vor allem in den Wirtschafts- und

709

710 ¹¹ Vgl. AzP Schulze 12.02.201, Drucksache 17/5308: Die Staatsregierung angibt, dass Fördermittel für zivile Forschungsprojek-
711 te an Unternehmen mit militärischen oder verteidigungstechnischen Sparten geflossen sind. (Die in Drs. 16/6190 genannten
712 Forschungsprojekte mit ursprünglichem „dual-use“-Charakter sind nach Rückzug vom Staatsministerium des Innern, für Bau
713 und Verkehr und der Polizei als Projektpartner und potentiellen Nutzern auf rein zivile Forschungsaspekte reduziert worden.)

¹² <https://www.bmbf.de/de/alternativen-zum-tierversuch-412.html>

714 Sozialwissenschaften bearbeiten die von uns geförderten „Reallabore“ und „Orte des Fort-
715 schritts“ wichtige Zukunftsfragen durch praxisnahe Feldversuche. All das sind erste Schritte,
716 um die gesellschaftliche Verantwortung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen für
717 einen aktiven Transformationsprozess Realität werden zu lassen. Neben der Grundlagenfor-
718 schung und einer Stärkung der sog. „Third Mission“, also der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe
719 der Hochschulen, brauchen wir daher auch eine klare Strategie, um durch gezielte Förderung
720 von dafür relevanten Forschungsgebiete Antworten auf wichtige Politische Fragestellungen
721 zu finden und Handlungsmöglichkeiten zu schaffen.

722

723 **7.1 Chancen der Digitalisierung nutzen**

724

725 Die Digitalisierung ist gerade für die Wissenschaft Chance wie Herausforderung zugleich. Vie-
726 le Akteurinnen und Akteure im Wissenschaftsbereich öffnen sich zunehmend für Themen wie
727 Open Access (OA). OA bietet für Forscherinnen und Forscher die Möglichkeit zu kostenfreien
728 und peer-reviewten Veröffentlichungen, für Bibliotheken die Chance, sich von der Abhängig-
729 keit gegenüber den großen Wissenschaftsverlagen loszusagen, und für alle anderen die Gele-
730 genheit, kostenfrei und von überall auf wissenschaftliche Forschungsergebnisse zuzugreifen.
731 Zeitgleich sehen wir in einigen Forschungsfeldern die Notwendigkeit, weiterhin in internatio-
732 nal renommierten Fachzeitschriften präsent zu sein.

733

734 Wir GRÜNE fordern daher eine Open-Access-Zweitveröffentlichungspflicht nach dem Vorbild
735 von Baden-Württemberg. So ist sichergestellt, dass aus Steuergeldern finanzierte Forschungs-
736 ergebnisse auch tatsächlich der Öffentlichkeit zu Gute kommen und von dieser wahrgenom-
737 men werden können.

738

739 Im Hinblick auf das Urheberrecht muss der Freistaat sich im Bundesrat für eine umfassen-
740 de Änderung im Hinblick auf den Wissenschaftsbereich stark machen. Das Gezerre um den
741 Unirahmenvertrag mit der VG Wort hat gezeigt, dass eine Flickenteppichlösung nicht tragfähig
742 ist. Das Urheberrecht muss deswegen eine umfassende Wissenschaftsschranke erhalten.

743

744 Digitalisierung betrifft aber nicht nur die Rahmenbedingungen wissenschaftlicher Forschung,
745 sondern auch ihre Inhalte. Schwerpunkt der Förderprogramme des Freistaats und damit auch
746 der bayerischen Forschungslandschaft, insbesondere des Zentrum Digitalisierung Bayern
747 (ZD.B), sind derzeit vor allem technische Umsetzungen und deren wirtschaftliche Verwertbar-
748 keit. Wir werden ein **Förderprogramm auflegen, das auch die gesellschaftlichen Folgen der
749 Digitalisierung erforschen** soll. Denn neben vielen Arbeitsplätzen, die durch Digitalisierung
750 und Automatisierung bedroht sind, werden auch ganz neue Arbeitsfelder entstehen und die
751 gesellschaftliche Produktivität gesteigert. Die Bürgerinnen und Bürger haben zu Recht ein In-
752 teresse daran, dass auch die Forschung diese Entwicklungen begleitet und Bildungskonzepte
753 in der digitalen Gesellschaft entwickelt. Dazu gehört auch ein Fokus auf die Sicherstellung di-
754 gitaler Bürgerinnen- und Bürgerrechte: Dabei soll IT-Sicherheit ebenso wie Datenschutz eine
755 Rolle spielen. Sie betreffen Bürgerinnen und Bürger genauso wie staatliche Einrichtungen und
756 Wirtschaftsunternehmen.

757

758

759 **7.2 Nachhaltigkeits- und Klimaforschung gezielt unterstützen**

760

761 Wir GRÜNE sind der Meinung, dass der Staat unter anderem auch die Aufgabe hat, sich in
762 der zielgerichteten, angewandten Forschung zu engagieren, um große gesellschaftliche He-
763 rausforderungen wie Nachhaltigkeit, Entwicklung in der Robotik und der Biotechnologie, zu
764 bewältigen. Deshalb muss die **Verteilung der Fördermittel auf die einzelnen Förderbereiche**
765 **hinreichend zügig an neue Herausforderungen angepasst werden.**

766

767 In der Nachhaltigkeitsforschung ist Bayern derzeit ein Entwicklungsland. Wir GRÜNE wollen
768 gezielt Schwerpunkte setzen, die sowohl die erforderliche Breite sicherstellen, als auch die
769 aktuelle Entwicklung abdecken.

770

771 Es sollen mehr Mittel für Klimaforschung und nachhaltige Wissenschaft und für Entwicklung
772 intelligenter Materialien ausgewiesen werden, Projekte ausgeschrieben und in den Fachmi-
773 nisterien Auftragsforschung vergeben werden. Unser Ziel ist, Forschungsprogramme in Ko-
774 operation verschiedener Wissensbereiche aufzulegen, mit allen wichtigen Interessierten zu
775 kooperieren, also Unternehmen, Kommunen, Umweltverbände etc. Dabei soll die öffentlich ge-
776 förderte Forschung stets frei verfügbar sein und möglicher Auftraggeber klar benannt werden.

777

778 **7.3 Interdisziplinäre Genderforschung stärken**

779

780 Geschlechterforschung erschöpft sich keineswegs in der Erforschung von Gleichstellung und
781 Chancengerechtigkeit, sondern analysiert Geschlechter- und Machtverhältnisse. Ob bei der
782 Erforschung der Zukunft der Rente, zur gesundheitlichen Versorgung von Männern und Frau-
783 en oder bei Fragen globaler Gerechtigkeit bis Technikfolgenabschätzung – Forschung ohne
784 Berücksichtigung von Genderaspekten, also der Bedeutung von Geschlecht im Zusammenwir-
785 ken mit anderen Faktoren, ist lückenhaft, weil Geschlecht als Kategorie überall wirksam ist.
786 Geschlechterforschung ist demnach in allen Disziplinen wichtig, inklusive Mathematik, Infor-
787 matik, Natur- und Technikwissenschaften (MINT-Fächer). Trotz ihres großen Erkenntnis- und
788 Innovationspotenzials gibt es **keine gesicherten Förderstrukturen**. Nur 0,4 Prozent der Profes-
789 suren aller deutschen Hochschulen haben eine Voll- oder Teildenomination für Frauen- und
790 Geschlechterforschung.

791

792 Zudem wird erheblicher Druck auf dieses Wissensgebiet ausgeübt: Die „Neue Rechte“ hat die
793 Geschlechterforschung als Feindbild ausgemacht, diffamiert sie als ideologisch und unwissen-
794 schaftlich und fordert ihre Abschaffung. Diese massiven Angriffe gefährden die Wissenschafts-
795 freiheit insgesamt.

796

797 Wir GRÜNE wollen die interdisziplinäre Geschlechterforschung durch systematische For-
798 schungsförderung stärken und ausbauen, damit auch in diesem Wissensgebiet mehr Grund-
799 lagenforschung möglich ist. Forschungsförderprogramme müssen für interdisziplinäre
800 Forschung wie Geschlechterforschung geöffnet und Genderforschungsaspekte sehr viel sys-
801 tematischer bei der Entwicklung und Ausschreibung von Forschungsförderrichtlinien berück-
802 sichtigt werden. Auch ein Nachwuchsförderprogramm für Genderforscherinnen und Gender-
803 forser würde helfen, das Nischen-Dasein dieses Wissensgebietes zu beenden.

UNSER FAZIT: FORSCHUNG UND LEHRE BRAUCHT BESSERE RAHMENBEDINGUNGEN

Bayern hat viele forschungsstarke und international bedeutenden Einrichtungen und eine Hochschullandschaft mit hervorragender Qualität. Das, ebenso wie der Erfolg in der Exzellenzinitiative und (noch) hohe Studierendenzahlen, darf aber nicht über strukturelle Mängel im bayerischen Wissenschaftssystem hinwegtäuschen. Diese gehen von der chronischen Unterfinanzierung des ganzen Systems und der daraus resultierenden, immer größer werdenden Abhängigkeit von privater Finanzierung über die mangelnde demokratische Ausgestaltung der Hochschulen bis zu fehlender sozialer Gerechtigkeit in Hochschule und Forschung.

Die bayerische Forschungs- und Entwicklungsquote reicht bei weitem nicht aus. Um zur Spitze angehören zu können, müsste insbesondere die staatliche Wissenschaftsförderung erhöht und die Mittelvergabe evaluiert werden. Die starke private Förderung der Forschung führt zur Einseitigkeit. Es darf nicht nur um Neuerungen gehen, die unmittelbar anwendbar sind und sich vermarkten lassen. Die erkenntnisorientierte, hypothesengetriebene Forschung darf nicht zu kurz kommen. Denn die Herausforderungen sind groß – und es geht nicht nur um den Klimawandel, Nachhaltigkeit und zukünftige Energieversorgung. Die Alterung der Gesellschaft schafft erhebliche Probleme für die Sozialversicherungssysteme. Zudem verstärkt sie den Fachkräftemangel. Im Mobilitätssektor vollzieht sich ein einschneidender Wandel, auf den digitalen Wandel ist der Freistaat vielerorts noch nicht hinreichend vorbereitet. Die staatliche Wissenschaftsförderung hat in vielen Bereichen wie zum Beispiel in der Erforschung klimafreundlicher Technologien und Erneuerbarer Energien Jahrzehnte verschlafen. Hier müssen künftig gezielt Schwerpunkte gesetzt werden.

Um die derzeitige Entwicklung weiter halten zu können muss der staatliche Anteil an den FuE-Aufwendungen erhöht werden. International ist Bayerns Position im Innovationswettbewerb nicht nur von den etablierten Spitzenstandorten wie Schweden, Finnland und Japan herausgefordert, sondern vor allem von den aufstrebenden Schwellenländern mit ihrem enormen Potenzial an gut ausgebildeten und leistungsbereiten Fachkräften, wie z.B. Korea, China und Indien.¹³

Forschung soll aber nicht nur Input für die deutsche Exportindustrie liefern. Sie wird gebraucht, um die Lebensqualität weltweit zu verbessern, und zwar auf klimaverträgliche, nachhaltige Weise. Forschung und Innovation sind daher Zukunftsvorsorge. Für Wissenschaft und Forschung an Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie auch in privatem Sektor sind aber optimale Rahmenbedingungen auf Basis attraktiver Forschungs- und Arbeitsbedingungen und moderner Infrastrukturen nötig sowie zusätzliche Anreize für Erwerb von Forschungsförderung für FuE.¹⁴

¹³ Gesamtkonzept für die Forschungs-, Technologie und Innovationspolitik der Bayerischen Staatsregierung. Beschluss der Bayerischen Staatsregierung vom 3. Mai 2011.

¹⁴ (Bayern ist im Bereich der multilateralen Förderungen nach Art. 91b GG ein „Geberland“, die größten „Nehmerländer“ sind Berlin und Baden-Württemberg: Siehe Forschung & Entwicklung in Bayern – 2015/2016. Wirtschaft und öffentlicher Sektor in Zahlen, Industrie und Handelskammern in Bayern.

849 Die Strukturen der Hochschulen müssen entsprechend gestärkt und modernisiert werden, so
850 dass sie durch eine starke Grundfinanzierung einerseits in die Lage versetzt werden, ihren
851 Aufgaben ohne beständiges schielen nach Drittmitteln gerecht werden zu können, und an-
852 dererseits neben ihren Grundaufgaben durch ein professionelles, mit entsprechenden Stellen
853 ausgestattetes Wissenschaftsmanagement in die Lage versetzt werden, im Wettbewerb um
854 nationale und europäische Programme zu bestehen ohne dass dies auf Kosten des Regelbe-
855 triebes geht.

856

857 Gleichzeitig ist der Freistaat Bayern gefordert, einen gerechten Zugang zur akademischen
858 Bildung zu ermöglichen, die demokratische Teilhabe aller Statusgruppen an Hochschulen zu
859 stärken, die prekäre Beschäftigungssituation des akademischen Mittelbaus abzustellen und
860 Gleichstellung und Diversität an Bayerischen Hochschulen endlich aktiv zu befördern, anstatt
861 wie es die CSU bisher tut unter dem Deckmantel der Hochschulautonomie sämtliche sinnvol-
862 len Steuerungsinstrumente zu blockieren.

863

864 Denn nur, wenn alle klugen Köpfe auch gleiche Chancen erhalten, ihr Potenzial einzubringen,
865 werden wir die Bayerischen Hochschulen zu dem machen können, was sie sein können: Ideen-
866 labore, Herzkammern des gesellschaftlichen Fortschritts und positive Beispiele für die Chan-
867 cen internationaler Zusammenarbeit.

868

869 Für all diese Aufgaben ist es notwendig, dass der Freistaat Bayern künftig seine Rolle an-
870 nimmt, nicht nur haushalterisch, sondern auch strukturell und mit klaren, sanktionierbaren
871 Zielvorgaben und Rahmenbedingungen die richtigen wissenschaftspolitischen Weichenstel-
872 lungen zu setzen, damit Bayerns Wissenschaftslandschaft all ihren Aufgaben gerecht werden
873 kann: mit hochklassiger Forschung in allen bayerischen Regionen, qualitativ guter Lehre für
874 alle und unter Einbeziehung der für die Zukunft unserer Demokratie so wichtigen „third missi-
875 on“, der gesellschaftlichen Funktion der Hochschulen.

876

877 Wir Grüne werden all dies im Bayerischen Landtag weiterhin einfordern, und bei künftigen
878 Regierungsbeteiligungen die Finanzierung von Bildung, Hochschulen und Forschung bedarfs-
879 gerecht ausbauen. Denn Zukunft gibt es nicht zum Nulltarif!

880

881 **München, 21.09.2017**

882 **Verena Osgyan MdL,**

883 **Sprecherin für Hochschul- und Forschungspolitik**

884

885

886

887

888

889

890

891

892

893

894 UNSERE FORDERUNGEN IM ÜBERBLICK

895
896

897 **Akademische Bildung chancengerecht gestalten**

- 898 • Keine Studiengebühren, kostenfreie Sprachkurse
- 899 • Bezahlbaren Wohnraum für Studierende schaffen
- 900 • Inklusion leben: Barrierefreier Ausbau, Nachteilsausgleiche und Beratung im Studium
- 901 • Einführung eines bayernweitem Semestertickets

902

903 **Internationalisierung vorantreiben, Bologna-Reform zum Erfolg führen**

- 904 • mehr Masterplätze schaffen
- 905 • Probleme bei ECTS-Anerkennung beseitigen
- 906 • Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW) und Universitäten gleichstellen und mit
- 907 eigenständigen Forschungsmitteln ausstatten
- 908 • Promotions- und Berufsrecht für HAWen etablieren

909

910 **Demokratisierung der Hochschulen voranbringen**

- 911 • Wiedereinführung der studentischen Selbstverwaltung und paritätische Mitbestimmung in
- 912 Hochschulgremien

913

914 **Perspektiven für Bayerns Talente schaffen**

- 915 • bessere Durchlässigkeit zur beruflichen Bildung schaffen
- 916 • flexiblere Handhabung von Vorabquoten für Studierende mit Betreuungsverpflichtungen,
- 917 beruflich Qualifizierte und soziale Härtefälle
- 918 • Dauerstellen für Daueraufgaben und Ausbau des Tenure-Track-Programmes
- 919 • Kaskadenmodell zur Erhöhung des Frauenanteils beim akademischen Personal

920

921 **Für eine starke und transparente Finanzierung und gute Infrastruktur**

- 922 • Auskömmliche Grundfinanzierung der Hochschulen sicherstellen
- 923 • Sanierungsstau beheben
- 924 • Bessere Finanzierung der Studierendenwerke
- 925 • transparenter Umgang mit drittmittelfinanzierten Forschungsvorhaben, eine Transparenzda-
- 926 tenbank für Bayern

927

928 **Wissenschaftsfreiheit und gesellschaftliche Verantwortung in Einklang bringen**

- 929 • Keine Rüstungsforschung mehr an staatlichen Hochschulen
- 930 • Stärkung der Kunst-, Geistes- und Gesellschaftswissenschaften
- 931 • Technikfolgenabschätzung als integrierte Begleitforschung etablieren
- 932 • Unnötige Tierversuche vermeiden

933

934 **Herausforderungen der Zukunft erfolgreich meistern, Förderschwerpunkte setzen**

- 935 • Fokus auf Nachhaltigkeitsforschung setzen: Klima, Energie, intelligente Materialien
- 936 • Erforschung der Digitalisierung: Gesellschaftliche Folgen, Auswirkungen auf die Arbeit der
- 937 Zukunft, IT-Sicherheit
- 938 • Freies Wissen fördern: Open Access als Standard etablieren
- 939 • Interdisziplinäre Genderforschung stärken

Stand. 21. September 2017



KONTAKT:

Verena Osgyan, MdL
Sprecherin für Hochschul- und Forschungspolitik

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Bayerischen Landtag
Maximilianeum, 81627 München

Tel.: (089) 4126-2574

Fax: (089) 4126-1866

verena.osgyan@gruene-fraktion-bayern.de